

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 1/2018

Glück auf!

- **Gewerkschaftstag 2018**
Unser Arbeitsprogramm
- **Firma leer geräumt**
Arbeiter kämpfen um ihre Existenz
- **Exklusiv für Mitglieder**
E-Bike gewinnen!

Die Regierungspläne:

Ein Schlag ins Gesicht

für alle ArbeitnehmerInnen

PRO-GE

EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER

%

EVENTS & TICKETS

Ermäßigte Kartenpreise in der ÖGB-Kartenstelle



MUSICAL BODYGUARD ÖGB-VORPREMIERE

Wien, Ronacher: Erleben Sie die Musical-Fassung des international erfolgreichen Kino-Blockbusters in einer aufwendigen deutschsprachigen Inszenierung mit spektakulären Choreografien und den weltbekannten Songs des vielfach ausgezeichneten Filmsoundtracks.

ÖGB-Preview am 20. und 25. September
Spezialpreise von 10,60 bis 89,60 Euro



GRÄFIN MARIZA – OPEN-AIR-OPERETTE

Seebühne Mörbisch: 12. Juli–25. August
Eine übermütige Gräfin, ein erfundener Bräutigam und ein verarmter Graf – in Kálmáns Operette „Gräfin Mariza“ gibt es allerhand amouröse Verstrickungen und eine Fülle grandioser Melodien. Wer lässt sich nicht gerne von Melodien wie „Komm mit nach Varasdin“ oder „Komm Zigány“ verführen?

ERMÄSSIGTE PREISE

%

SHOPPING & MORE

Vergünstigungen mit deiner PRO-GE Card



RUEFA REISEN

Top-Urlaubsangebote für ÖGB-Mitglieder

Von Kreuzfahrten bis Kurztrips zu Sportevents: Ruefa macht mit monatlich wechselnden ÖGB-Specials kostengünstige Reiseangebote für Ihre wohlverdiente Auszeit.

Mehr Infos: www.ruefa.at/reisen/specials/oegb

20 % PREISVORTEIL HOLLYWOOD MEGAPLEX

ÖGB-Mitglieder erhalten in allen Hollywood-Megaplex-Kinos jeden Tag 20 % Rabatt auf den Ticketvollpreis und 10 % Rabatt auf den Buffeteinkauf. Angebot gültig für zwei Personen pro Vorstellung.

Mehr Infos: preisvorteil.proge.at



kartenstelle.oegb.at



WÖRTHERSEE STADION ANDREA BERG MEGA OPEN AIR

3. August 2019, 20 Uhr

Sensationelles Sommer-Event in Klagenfurt mit spektakulärer Pyrotechnik, bombastischer Kulisse und phänomenaler Lichtshow.



**10 %
Ermäßigung**



KRIEAU WIEN Ö3 ELECTRIC NATION

28. Juli 2018, 20 Uhr

EDM-Superstar Martin Garrix kommt nach Wien. Weitere Acts: Robin Schulz, Alan Walker, Doerro, Alle Farben, Will Sparks u. v. m.

10 % Ermäßigung

STADTTHEATER MÖDLING ALICE IM WUNDERLAND

**18. Juli bis
5. August**

Musical-Uraufführung für die ganze Familie nach den Erzählungen von Lewis Carroll.



**10 %
Ermäßigung**

KONTAKT

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
E-Mail: ticketservice@oegb.at
Website: kartenstelle.oegb.at

Telefon:

01/534 44-39675, 39677, 39679, 39681
Bei der Kartenbestellung bitte ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft nachweisen.

Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag, Mittwoch: 9 bis 16 Uhr
Donnerstag: 9 bis 18 Uhr
Freitag: 9 bis 13 Uhr

preisvorteil.proge.at



Mitglieder haben's besser!

PRO-GE

KENWOOD 15 % RABATT

Gutscheincode: OEGB2018
www.kenwoodaustria.at

Plus: kMix Küchenmaschine KMX750WH statt 399,99 nur 279,99 Euro. Gültig bis 15. Mai 2018. Code: SPRINGKMX



URIGER ALMHÜTTENURLAUB FÜR ÖGB-MITGLIEDER AB 595 EURO/WOCHE

Das Bauernhaus „Schönberger“ in Bodensdorf oberhalb des Ossiacher Sees bietet Platz für sechs Personen und ist idealer Ausgangspunkt für Wanderungen.

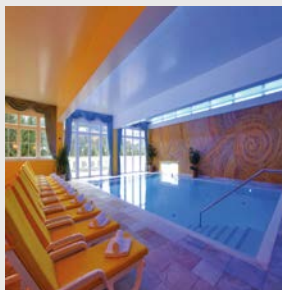
Mehr Infos: www.alpin-sued.at



WELLNESS IN KÄRNTEN 20 % ERMÄSSIGUNG!

Das Wohlfühl- und Seminarhotel Moselebauer bietet zehn verschiedene Saunen und Dampfbäder und eine herrliche Lage im Lavanttal.

Mehr Infos:
www.moselebauer.at



OPEL KANDL 5,5 % RABATT AUF NEUWAGEN – AKTIONSPREIS!

Nur beim Kauf eines Opel Neuwagens gültig.

Mehr Infos:
www.opel-kandl.at



Inhalt

SCHWARZ-BLAU GEGEN DIE ARBEITNEHMERINNEN

Vermögende und Unternehmer haben Sebastian Kurz den Wahlkampf finanziert. Jetzt bekommen sie von der Regierung ihre Wünsche erfüllt: sozialer Kahlschlag, Schwächung der Rechte von Beschäftigten, weniger Kontrollen bei arbeitsrechtlichen Verstößen. Wie die Regierung Einfluss und Geld zugunsten der Reichen umverteilen will. *Seiten 6 bis 9*

Kommentar

PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer zum kommenden Gewerkschaftstag Seite 5

Achtung Kamera

Fotos von den letzten PRO-GE Events Seite 10

Gewerkschaftstag 2018

Im Vorfeld haben Jugend und Frauen ihre Konferenzen abgehalten Seite 11

PRO-GE Arbeitsprogramm

Die „Glück auf!“ stellt den Entwurf für den Gewerkschaftstag vor Seite 12

Landeskonferenzen

Alle neun Länder haben ihre Konferenzen bereits abgehalten Seite 14

Leistungsbilanz 2017

Die PRO-GE ist um 4.057 Mitglieder angewachsen Seite 15

Betriebsreportage

Der Automobilzulieferer Aptive im burgenländischen Großpetersdorf Seite 16

Frühjahrslohnrunde 2018

Die KV-Runden für 120.000 Industriebeschäftigte laufen Seite 18

Kollektivverträge

Aktuelle Abschlüsse im Überblick Seite 19

Alles was Recht ist

Eine Firma verschwindet – die Arbeiter bangen um ihr Geld Seite 20

Karten gewinnen

Diesen Sommer in Kobersdorf: Arsen und Spitzenhäubchen Seite 21

Preisrätsel und Cartoon

..... Seite 23

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Mathias Beer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Robert Wittek, Barbara Trautendorfer, Wolfgang Purer, Karin Prokop, Sabine Weinberger. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Lisa Lux. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 28. Mai 2018.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

Aktuelle Zahl

0

NULL EURO hat die schwarz-blaue Bundesregierung für die Ausbildungsgarantie im Jahr 2019 budgetiert. Die Ausbildungsgarantie wurde 2016 ins Leben gerufen und dient dazu, für 19- bis 24-Jährige, die länger als vier Monate arbeitslos sind, ein Nachqualifizierungsangebot bereitzustellen. Gerade jene Menschen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Ist Ihnen die Zukunft junger Menschen wirklich so wenig wert, Frau Sozialministerin Hartinger-Klein?

KURZ NOTIERT

ÖGB: Mitgliederzuwachs

Mit Jahresende 2017 hatte der Österreichische Gewerkschaftsbund 1.205.698 Mitglieder und damit knapp 5.000 mehr als im Jahr davor. Den stärksten Zuwachs verbuchte die PRO-GE mit einem Plus von mehr als 4.000 Mitgliedern bzw. 1,75 Prozent.

Verteilung der Arbeit

Während sich teilzeitbeschäftigte Frauen längere Arbeitszeiten wünschen, würden vollzeitbeschäftigte Frauen und Männer ihre Arbeitszeit gerne verringern. Eltern wollen die Erwerbsarbeit besser aufteilen. Das ist das Ergebnis einer FORBA-Studie im Auftrag der Arbeiterkammer.

Arbeitszeitverkürzung

Eine brandaktuelle Studie der Arbeiterkammer und des Forschungsinstituts SORA belegt, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit eine höhere Zufriedenheit mit dem Führungsstil mit sich bringt. Darüber hinaus sind psychische und physische Belastungen geringer.



Lohnsteuerausgleich

Der Mitte 2017 eingeführte automatische Lohnsteuerausgleich brachte bisher rund 183,5 Millionen Euro Steuergutschriften. Von insgesamt 6,8 Millionen Arbeitnehmerveranlagungs-Fällen fielen rund 850.000 BürgerInnen unter die antragslose Arbeitnehmerveranlagung.

Lehrlinge machen Überstunden

Zum zweiten Mal hat das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung rund 6.000 Lehrlinge aus ganz Österreich zu ihrer Ausbildung befragt. Bei der Umfrage gaben 29 Prozent der Lehrlinge an, häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben zu müssen. 36 Prozent der Befragten unter 18-Jährigen bestätigten Überstunden zu leisten, mehr als ein Drittel davon unfreiwillig und teilweise unbezahlt.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

WEIL DER MENSCH ZÄHLT!

Unsere Gewerkschaft wird im Juni die Weichen für ein neues Arbeitsprogramm stellen und gegen die arbeitnehmerInnenfeindliche Politik der Bundesregierung klar Position beziehen.

Die PRO-GE wird bei ihrem dritten Gewerkschaftstag unter dem Motto „Wir gestalten Zukunft – weil der Mensch zählt!“ im Juni wichtige Eckpfeiler fixieren. Es geht um den Erhalt unseres Sozialstaates und um die Verteidigung wichtiger Errungenschaften für die ArbeitnehmerInnen. Die Bundesregierung unter Kurz und Strache will die Republik zum Vorteil von Großunternehmen und Reichen umbauen. Kurz gesagt heißt das: weg mit der betrieblichen Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen, weg mit der Arbeiterkammer, weg mit der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, weg mit den Gebietskrankenkassen und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, Schluss mit aktiver Arbeitsmarktpolitik, Schluss mit wichtigen ArbeitnehmerInnenschutzregelungen und weg mit der Notstandshilfe. Im Gegenzug sollen Unternehmen großzügige Steuergeschenke bekommen, die Kontrollen der FinanzprüferInnen verringert werden und Konzerne von Privatisierungen im Gesundheitsbereich profitieren.

Diese Pläne gehen klar auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und jener Menschen, die gerade Unterstützung brauchen und zum Beispiel auf die Hilfe der Arbeiterkammer, des AMS oder auf die Unfall-Rehabilitation durch die AUVA angewiesen sind. Die PRO-GE wird sich mit aller Kraft gegen diese Regierungsvorhaben stemmen und einen anderen Weg einfordern: Unter anderem wollen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine bessere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, mehr Rechte und Mitbestimmung für Beschäftigte im Betrieb, mehr Schutz für BetriebsrätInnen und eine Absicherung des Sozialsystems durch Vermögenssteuern und Wertschöpfungsabgabe. Wir wollen die Zukunft für die ArbeitnehmerInnen positiv gestalten und konsequent gegen eine Umverteilung von unten nach oben eintreten.

Glück auf!

ÖVP-FPÖ-Koalition plant Sozialabbau

ANGRIFF

AUF DIE ARBEITNEHMERINNEN

Was sich bereits vor den Wahlen zum Nationalrat abzeichnete, wird jetzt bittere Realität. Mühsam erkämpfte Errungenschaften für die ArbeitnehmerInnen werden mutwillig zerstört, der soziale Friede wird aufs Spiel gesetzt, während die Wünsche der Wirtschaft erfüllt werden.

Rund vier Monate ist die schwarz-blaue Regierung nun im Amt. Die Pflöcke sind eingeschlagen, es ist abzusehen, in welche Richtung sich Österreich in den kommenden Jahren entwickeln wird. Von den geplanten Maßnahmen profitiert vor allem die Wirtschaft, für die ArbeitnehmerInnen wird das Klima rauer. Das Ziel ist, die Spielräume der Unternehmer auszuweiten, und dies auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und jener Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Um Einsparungen zu rechtfertigen, wird von Regierungsseite die Notwendigkeit eines Nulldefizits ins Treffen geführt. Dabei ist längst bekannt, dass die Einnahmen des Staates dank des Konjunkturaufschwungs

sprudeln. Ein ausgeglichener Haushalt wäre daher auch ohne Einschnitte ins Sozialsystem zu erreichen.

Sparstift für Steuergeschenke. Unter dem Deckmantel des Sparens soll also der Sozialstaat demontiert werden. Wenn es aber darum geht, den Anliegen der Wirtschaft nachzukommen, scheint die Staatskasse gut gefüllt. So sollen beispielsweise die Körperschaftssteuer verringert, der Lohnnebenkostenanteil der Arbeitgeber gesenkt und die Umsatzsteuer auf Nächtigungen im Tourismus von 13 auf 10 Prozent reduziert werden. Auch andere Vorhaben werden Industrie und Wirtschaft freuen. So soll bei den SteuerfahnderInnen eingespart werden und auch bei den Arbeitsinspektoraten kommt man den Unternehmern entgegen. Arbeitgeber, die gegen den Arbeit-

nehmerInnenschutz verstoßen, sollen seltener bestraft werden. Dazu kommt die geplante Abschaffung des sogenannten Kumulationsprinzips, was bedeutet, dass ein Unternehmer bei Übertretungen von ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen nicht mehr pro betroffenem Mitarbeiter bzw. betroffener Mitarbeiterin, sondern nur einmal pro Vergehen zur Verantwortung gezogen wird.

Entgegen der Ankündigung, man wolle im System sparen, spart man direkt am Menschen. „Die Maßnahmen dienen nur dazu, Menschen gegeneinander auszuspielen und milliardenschwere Steuergeschenke an die eigene Klientel zu finanzieren. Auf dem Rücken der Schwächsten wird die Party der Reichen finanziert“, zieht PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer Bilanz. →

DAS PLANT DIE SCHWA

Abschaffung der AUVA

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) ist mit fünf Millionen Versicherten die größte Sozialversicherung Österreichs. In sieben Unfallkrankenhäusern und vier Reha-Einrichtungen werden Verletzte vor allem nach Arbeitsunfällen sowie an Berufskrankheiten Erkrankte behandelt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Prävention von Arbeitsunfällen. Die AUVA wird im Wesentlichen über Dienstgeberbeiträge finanziert. 2014 wurde der von den Unternehmern zu leistende Unfallversicherungsbeitrag von 1,4 Prozent auf 1,3 Prozent reduziert. Nun will die Regierung die Beiträge auf 0,8 Prozent senken. Die AUVA müsste dann ihre Kosten um 500 Millionen, das sind rund 40 Prozent ihres Gesamtbudgets, senken. Dieses Einsparungsziel ist utopisch und würde bedeuten, dass die AUVA aufgelöst werden müsste. Die Leistungen würden dann wegfallen oder müssten von anderen Sozialversicherungsträgern übernommen werden. Letzt-

endlich würde dies zu einer Mehrbelastung für ArbeitnehmerInnen führen bzw. müssten sie sich künftig privat gegen etwaige Risiken absichern. Profitieren würden lediglich die Unternehmer, die sich jährlich eine halbe Milliarde sparen.

Eingriffe in die Selbstverwaltung

Nicht nur die AUVA steht unter Beschuss, auch bei den Krankenkassen will man weitreichende Veränderungen. Geht es nach der Regierung, sollen künftig die Länderkrankenkassen in einer österreichischen Krankenkasse zusammengefasst werden. Die Sozialversicherungsanstalten der Bauern und der Gewerblichen Wirtschaft werden zu einer Selbstständigen-Kasse zusammengelegt. Die Beamten bleiben eigenständig, dazukommen könnten aber die Krankenfürsorgeanstalten. Ob die Zusammenlegungen Einsparungen bringen, ist fraglich. Erst letztes Jahr hat eine Studie der London School of Economics dem österreichischen Sozialversicherungswesen ein gutes Zeugnis ausgestellt und die Effizienz der Verwaltung bestätigt. Ziel der Reform sind also nicht Verbesserungen im Ge-

sundheitssystem, sondern man will die Selbstverwaltung zurückdrängen. Selbstverwaltung bedeutet, dass nicht der Staat, sondern ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber die Verwaltung der Sozialversicherung verantworten, da sie als BeitragszahlerInnen und Versicherte unmittelbar betroffen sind (siehe Grafik unten). Es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, die Sozialversicherung sparsam, kundenorientiert, unbürokratisch und sozial zu gestalten. Derzeit ist zu befürchten, dass sich der Bund durch die Fusionierung der Krankenkassen den Zugriff sichern will. Eine zentrale Steuerung ohne ausreichende Einbindung der Sozialpartner würde bedeuten, dass die Gesundheitspolitik staatlichen Budgetzielen untergeordnet werden könnte.

Aus für die Notstandshilfe

Anfang April waren 398.503 Menschen ohne Job, fast jeder dritte Arbeitslose war über 50 Jahre alt. Trotz brummender Konjunktur und einer Entspannung am Arbeitsmarkt haben es Menschen, die wenige Jahre vor der Pension stehen, nach wie vor schwer, einen neuen Ar-



RZ-BLAUE REGIERUNG

beitsplatz zu finden. Ungeachtet dieser Tatsache setzt die schwarz-blaue Regierung Maßnahmen, die die Arbeitslosenrate von Älteren weiter erhöhen könnten, wie etwa der erschwerte Zugang zur Altersteilzeit. Ebenso wurde die Aktion 20.000 abgeschafft, ein arbeitsmarktpolitisches Instrument für ältere Beschäftigungslose, um ihnen den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. Nun soll es für Langzeitarbeitslose noch schwieriger werden. Bis dato erhält man nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes die sogenannte Notstandshilfe, die grundsätzlich 92 Prozent des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes beträgt, wenn dieses über dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegt. Geht es nach dem Willen der Regierung, dann soll die Notstandshilfe abgeschafft werden und stattdessen sollen die Arbeitslosen – analog zum deutschen Hartz-4-Modell – in die Mindestsicherung fallen. Wer also viele Jahre gespart hat und dann keine Beschäftigung mehr findet, muss erst sein Vermögen aufbrauchen, um Leistungen vom Staat zu erhalten. Derzeit liegt die Vermögensfreigrenze, je nach Bundesland, lediglich zwischen 4.200 und 4.315 Euro. Auch ein Auto muss bei Bezug der Mindestsicherung verkauft werden, wenn es nicht aus beruflichen Gründen notwendig ist. Behalten darf man eine Immobilie „in angemessener Größe“, sofern man sie selbst bewohnt. Man muss aber damit rechnen, dass sich die Behörde nach einigen Monaten in das Grundbuch einträgt.

Ausweitung der Arbeitszeit

Die Wahlkampfspenden der Großindustriellen an die ÖVP haben sich gelohnt. Ihrem Wunsch nach Arbeitszeitflexibilisierung wurde nachgegeben: Bei den Koalitionsverhandlungen hat man sich auf die Anhebung der zulässigen Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden und der Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden geeinigt. Obwohl von Regierungsseite immer wieder behauptet wird, dass auch die ArbeitnehmerInnen von einer

Anhebung der Höchstarbeitszeit profitieren würden, ist im Koalitionsabkommen davon nichts zu finden. Weder längere zusammenhängende Freizeitblöcke noch eine sechste Urlaubswoche oder mehr Zeitautonomie sind vorgesehen. Auch von höheren Zuschlägen ist keine Rede. Bereits jetzt sind die Arbeitszeiten in Österreich sehr flexibel gestaltet, so kann in der Produktion unter bestimmten Voraussetzungen für 24 Wochen eine Arbeitszeit von zwölf Stunden am Tag gearbeitet werden. Auch im Tourismus gibt es Sonderregelungen, wie etwa 48 Stunden Normalarbeitszeit. Warum also die Änderungen? Zum einen soll eine verlängerte Arbeitszeit künftig zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat bzw. dem/der ArbeitnehmerIn vereinbart werden. Das heißt, dass man kollektivvertragliche Vereinbarungen, die für die ganze Branche gelten, unterlaufen will. Der/Die ArbeitnehmerIn ist dann in der schwächeren Position und hat wahrscheinlich kaum Chancen, sich gegen längere Arbeitszeiten zu wehren. Des Weiteren ist zu erwarten, dass mit der neuen Regelung in großem Ausmaß Überstundenzuschläge wegfallen.

Familie: Besserverdiener profitieren

Auch bei den Familien setzt die neue Regierung den Hebel an. Künftig erhalten Eltern einen Bonus von bis zu 1.500 Euro pro Kind, den sie einmal im Jahr von der Lohn- und Einkommenssteuer abziehen können. Der Haken dabei: Um in den Genuss des Familienbonus zu kommen, muss man über ein entsprechendes Einkommen verfügen. GeringverdienerInnen werden mit Almosen abgespeist und erhalten nur 250 Euro pro Jahr. Besonders nachteilig ist die Regelung für AlleinerzieherInnen: 60.000 von ihnen verdienen nicht genug, um den Bonus geltend machen zu können. Das Armutsrisiko liegt bei AlleinerzieherInnen bereits jetzt bei 40 Prozent. Konkret bedeutet dies, dass dem Staat Kinder von Gutverdienenden mehr wert sind als jene von Eltern mit geringem Einkommen. Viel wichtiger wäre

es, in Kinderbetreuungsplätze zu investieren, denn dies würde es Frauen erleichtern, mehr zu arbeiten. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es Nachholbedarf, vielerorts ist keine Nachmittagsbetreuung vorhanden. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist der Bundesregierung aber kein Anliegen, für das Jahr 2019 hat man dafür lächerliche 1.000 Euro budgetiert. Obwohl Kindergärten Ländersache sind, hat sich der Bund bisher am Ausbau beteiligt. Für das Jahr 2018 hat die Vorgängerregierung von ÖVP und SPÖ noch 52,5 Millionen für den Kindergartenausbau, der von Gemeinden und Ländern kofinanziert wird, budgetiert. Diese Vereinbarung läuft aber Ende des Jahres aus.

Abschaffung des Jugendvertrauensrats

Seit 1. Jänner 1973 gibt es die Möglichkeit, in Betrieben mit mindestens fünf jugendlichen ArbeitnehmerInnen einen Jugendvertrauensrat zu wählen. Diese eigene Vertretung für jugendliche ArbeitnehmerInnen und Lehrlinge ist wichtig, denn die Jugendvertrauensräte können ihre Anliegen kompetent im Betriebsrat und gegenüber den Arbeitgebern vertreten. Allein in der Gewerkschaft PRO-GE sind österreichweit 824 JugendvertrauensrätInnen im Einsatz. Nun will die Regierung den Lehrlingen und jungen ArbeitnehmerInnen diese Stimme nehmen und den Jugendvertrauensrat abschaffen. Künftig soll bei Betriebsratswahlen das aktive Wahlalter auf 16 gesenkt werden, der Jugendvertrauensrat würde damit ersetzt. Der Nachteil an dieser Regelung: Alle Lehrlinge unter 16 hätten die Möglichkeit zur Mitbestimmung verloren. Darüber hinaus finden Betriebsratswahlen nur alle fünf Jahre statt, Jugendvertrauensräte werden alle zwei Jahre gewählt. Viele Lehrlinge hätten daher während ihrer Ausbildungszeit keine Möglichkeit, sich an Wahlen zu beteiligen. Die Abschaffung des Jugendvertrauensrates ist eine deutliche Schwächung der innerbetrieblichen Demokratie, da Teile der Belegschaft von den Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

Achtung Kamera



MÄRZ: Kampagnenstart von „Anders Handeln“, der Weiterführung der Plattform „TTIP STOPPEN“. Die PRO-GE war im Wiener WUK vertreten.



JÄNNER: Die BetriebsrätInnen der Arbeitskräfteüberlassungsbranche feiern den gemeinsamen Kollektivvertragsabschluss für rund 75.000 ArbeiterInnen.



APRIL: Feierliche Diplomverleihung an zahlreiche BetriebsrätInnen. Sie haben das PRO-GE Bildungsprogramm erfolgreich absolviert.



APRIL: Beim Bundesvorstand fordert die PRO-GE Jugend, dass der Jugendvertrauensrat erhalten werden muss.



MÄRZ: Auch die PRO-GE PensionistInnen unterstützen tatkräftig die AK-Kampagne „Wie soll Arbeit?“.

MÄRZ: Die PRO-GE Frauen in Wien waren am Internationalen Frauentag am 8. März unterwegs. In Verteilaktionen wurde auf die Gleichberechtigung aufmerksam gemacht.



APRIL: Im ersten bundesweiten Treffen zwischen Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen aus dem Bereich Gartenbau wurde eine Harmonisierung der verschiedenen Landeskollektivverträge diskutiert.



DEZEMBER: Zwei langjährige Betriebsräte erhielten von Landeshauptmann Thomas Stelzer das Silberne Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich. Die „Glück auf!“ gratuliert den Kollegen Friedrich Wagner und Bruno Aschauer herzlich.



Bundesfrauenkonferenz

Selbstbestimmt & Gleichberechtigt

Die PRO-GE Frauen haben sich auf ihrer Bundesfrauenkonferenz am 17. März ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre vorgenommen. Unter dem Motto „Selbstbestimmt & Gleichberechtigt“ präsentierte man Visionen für eine moderne Arbeitswelt, die den Ansprüchen von Frauen gerecht wird.



Klaudia Friebe, PRO-GE Frauenvorsitzende

Einkommen, wie zum Beispiel Alleinerzieherinnen, mit Almosen abgespeist.“

Industrie 4.0. Studien zeigen, dass bei der Digitalisierung Frauen stärker von Jobverlusten betroffen sind. Die PRO-GE Frauen fordern daher ein Recht auf Weiterbildung, um Frauen auf die geänderten Anforderungen am Arbeitsmarkt optimal vorzubereiten. Ebenso will man eine Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, um die Chancen von Frauen auf Vollzeitarbeitsplätze zu erhöhen.

„Es geht darum, die Zukunft so zu gestalten, dass auch Frauen den ihnen zustehenden gerechten Anteil erhalten. Bereits in den vergangenen Jahren haben die PRO-GE Frauen viel bewegen können, wie etwa die vollständige Anrechnung von Elternkarenzen auf dienstzeitabhängige Ansprüche“, betonte die PRO-GE Frauenvorsitzende.

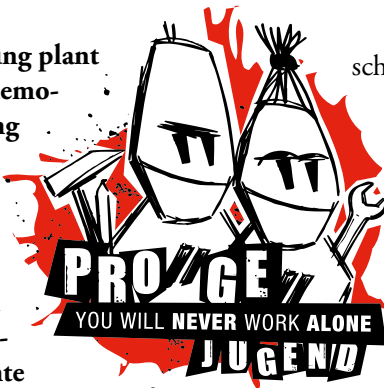
Die Frauenpolitik steht zurzeit vor besonderen Herausforderungen. Unter der schwarz-blauen Regierung sind Rückschritte zu erwarten. Das

zeigen die Einführung des Familienbonus und die Schließung von Kindergartengruppen im ländlichen Bereich. Die bei der Konferenz bestätigte Frauenvorsitzende Klaudia Friebe kritisiert die aktuellen Entwicklungen. „Es zeigt sich deutlich, dass ein konservatives Familienbild forciert werden soll. Während Wohlhabende von den Regierungsplänen profitieren, werden jene mit geringem

Bundesjugendkonferenz

Der JVR muss bleiben

Die aktuelle Regierung plant Eingriffe in die demokratische Vertretung der Lehrlinge. Mit der Abschaffung des Jugendvertrauensrates verübt Schwarz-Blau einen Anschlag auf die demokratischen Rechte der Lehrlinge und der jungen ArbeitnehmerInnen.



schwarz-blauen Regierung genau beobachten werde. „Wir werden uns den Jugendvertrauensrat nicht nehmen lassen. Wir werden nicht stillhalten, wenn versucht wird, die Mitsprache von Lehrlingen in den Betrieben zu beschneiden. Und wir werden für soziale Gerechtigkeit kämpfen und nicht dabei zusehen, wie die Chancen der Jugend verspielt werden“, so Rehberger.

Bildung und soziale Gerechtigkeit. Im Bereich Bildung fordert die PRO-GE Jugend unter anderem eine Verbesserung



Josef Rehberger, PRO-GE Jugendvorsitzender

der Durchlässigkeit im Bildungssystem, eine Reform der Lehre mit Matura sowie die Einführung einer Fachkräftemilliarde, um die Ausbildungskosten gerecht zu verteilen und die Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung zu gewährleisten.

Ebenso setzt sich die PRO-GE Jugend dafür ein, dass der Wohlstand gerechter verteilt wird. So fordert sie eine Wertschöpfungsabgabe, die Einführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern mit gestaffelten Freibeträgen und die Schließung aller Schlupflöcher.

Der neu gewählte PRO-GE Jugendvorsitzende Josef Rehberger betonte bei der PRO-GE Bundesjugendkonferenz am 10. März, dass man die Vorhaben der



Neues Arbeitsprogramm

Wir gestalten Zukunft *Weil der Mensch zählt!*

Die PRO-GE hält im Juni 2018 ihren 3. Gewerkschaftstag ab und wird dort auch ein neues Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre beschließen. Für PRO-GE Mitglieder steht der vollständige Entwurf auf www.proge.at zum Download zur Verfügung.

Mit dem Arbeitsprogramm präsentieren wir unsere Forderungen für eine zukunftsfähige und faire Arbeitswelt, ein gutes Leben für uns alle und eine demokratische Gesellschaft. Die Finanzmarktkrise und ihre Umdeutung in eine „Schuldenkrise“ der EU-Staaten haben europaweit einer extremen, neoliberalen Politik den Weg geebnet. In ihrem Zentrum stehen Kürzungen, der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und das Schüren von Neid und Fremdenfeindlichkeit, während die Reichen immer reicher werden.

Die Menschen in den Mittelpunkt

Die ArbeitnehmerInnen stehen vor massiven Veränderungen ihrer Lebens- und Arbeitsumstände. Die zunehmende Digitalisierung (z. B. Roboter-Einsatz), aber auch notwendige Änderungen der bisherigen klimaschädlichen Verhaltens- und Produktionsweisen werden die Arbeitswelt verändern. Dies muss in allen Phasen mit den Menschen und zu ihrem Nutzen passieren – und nicht einfach danach, was am meisten Geld bringt. Was ArbeitnehmerInnen brauchen, ist eine klare demokratische (also staatliche) Steuerung.

Die Idee des „schlanken Staats“ ist weltweit gescheitert. Es gilt, den Sozialstaat zu stärken und auszubauen – denn hier organisieren die ArbeitnehmerInnen ihre kollektive Sicherheit: Schutz vor den Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter. Dazu gehört das bewährte selbstverwaltete Sozialversicherungssystem genauso wie der dringend notwendige Ausbau öffentlicher Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Pflege, Bildung etc. Das erfordert aber auch ein Wirtschaftssystem, in dem grenzenloser Profitgier durch klare Regeln ein Riegel vorgeschoben wird. Auch die Finanzmärkte müssen endlich reguliert und in ihre Schranken gewiesen werden. Das ist nicht utopisch, sondern Aufgabe eines Staates und der Europäischen Union.



Obwohl Österreich eines der reichsten Länder der Welt ist, ist das Vermögen extrem ungleich verteilt. Ausgerechnet die Vermögenden tragen kaum zur Finanzierung des Sozialstaats bei, die große Last tragen die ArbeitnehmerInnen über Steuern auf Arbeit und Konsum. Notwendig sind daher eine faire Besteuerung von Kapitaleinkommen sowie eine Erbschafts- und Vermögenssteuer für Reiche. EU-weit müssen die Steuersümpfe für Großunternehmen trockengelegt werden. Und schließlich muss mithilfe sozialer Ökosteuern etwas gegen den Klimawandel unternommen werden.

Auch die EU muss dringend ihren Kurs ändern: An die Stelle verordneter Kürzungspolitik und Handelsabkommen zugunsten großer Konzerne (wie TTIP oder CETA) müssen eine echte europäische Sozialpolitik sowie eine faire Wirtschafts-, Industrie- und Handelspolitik treten.

Starke Gewerkschaften und starke BetriebsrätInnen

Die derzeitigen Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen und den Sozialstaat werden dann erfolgreich sein, wenn es ge-

lingt, die Menschen zu spalten: In Beschäftigte mit und in Beschäftigte ohne Betriebsrat. In jene, die Arbeit haben, und in jene, die keine haben. In jene, die Notstandshilfe beziehen, und in jene, die auf die Mindestsicherung angewiesen sind. Dieser Politik der Spaltung tritt die PRO-GE entschieden entgegen – als starke Gewerkschaft und mit starken BetriebsrätInnen.

BetriebsrätInnen sind das Rückgrat betrieblicher Demokratie. Auch wenn sie nicht immer „angenehm“ für den Arbeitgeber sind, tragen sie entscheidend zum sozialen Frieden und zum Unternehmenserfolg bei. Die Arbeit der BetriebsrätInnen zwischen dem Wettbewerbskampf der Unternehmen und den berechtigten Erwartungen der ArbeitnehmerInnen wird schwieriger. Die PRO-GE fordert daher ein umfassendes Paket zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen als auch zur Stärkung und Modernisierung der Rechte der BetriebsrätInnen. Gegen Versuche, die Wahl eines Betriebsrats zu sabotieren, sind wirksame Strafen und ein besserer Schutz der KandidatInnen notwendig.

Starke und dynamische Kollektivverträge

Kollektivverträge sind das Herzstück gewerkschaftlicher Arbeit und sichern faire und einheitliche (Mindest-) Standards. Das Umfeld ändert sich dabei laufend, der Gegenwind der Arbeitgeber wird stärker. Daher ist es umso wichtiger, dass Kollektivverträge nicht nur für die Gewerkschaftsmitglieder, sondern vor allem mit ihnen verhandelt werden. Das Recht, zwischen Geld und Freizeit zu wählen, soll dabei ausgebaut werden. Noch bestehende Ungleichbe-



handlungen von Frauen und Männern müssen endlich beseitigt werden. Ebenso gilt es, die sich ändernde Arbeitswelt zu berücksichtigen und Anpassungen vorzunehmen, wie z. B. die immer kürzere Beschäftigungsdauer oder neue Branchen- und Betriebsstrukturen. Versuche, die Bedeutung unserer Kollektivverträge einzuschränken, wird die PRO-GE mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen!

Zeit für neue Arbeitszeiten – agieren statt reagieren!

ArbeitnehmerInnen sollen immer länger, dafür ohne Zuschläge arbeiten – wann und wie lange gearbeitet werden soll, bestimmt der Arbeitgeber. Das bedeutet nicht mehr Flexibilität, sondern schlicht Lohnraub und einen massiven Eingriff in das Privatleben. Die PRO-GE fordert kürzere, gesündere und selbstbestimmtere Arbeitszeiten. Neben einer Arbeitszeitverkürzungs-Offensive gehört dazu ein Autonomiepaket mit mehr Wahlfreiheit zwischen Zeit und Geld und dem selbstbestimmten Verbrauch von Zeitguthaben. Unabdingbar sind auch ein schnelleres Erreichen der sechsten Urlaubswoche und ein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit, Papamonat und Bildungskarenz.



Eine moderne Arbeitswelt: gegen Diskriminierung und Ausbeutung

Die Arbeitsrechte sind (noch) stark und bewähren sich stets aufs Neue. „Offene Baustellen“ gibt es vor allem im Bereich



der Gleichbehandlung: Dringend notwendig sind Verbesserungen bei Teilzeit, Frauenpensionen, Väterbeteiligung und den Einkommensberichten. Aber auch im Bereich der Arbeitskräfteüber-

lassung gibt es noch viel zu tun, allem voran ein Verbot einvernehmlicher Aufösungen und ein Ende der Praxis, die KollegInnen „bilanzschönend“ als Sachaufwand zu verbuchen!

Um das grenzüberschreitende Lohndumping zu beenden, muss EU-weit das Prinzip „gleicher Lohn am gleichen Ort“ umgesetzt werden – am besten mit einer in Österreich angesiedelten EU-Arbeitsbehörde. Gemeinsam mit osteuropäischen Schwesterorganisationen fordert die PRO-GE „Europe needs a pay rise!“:

deutlich höhere Löhne und soziale Rechte im Osten, um das Gefälle in Europa zu bekämpfen.

Während weltweit tätige Konzerne enorme Gewinne anhäufen und politische Macht an sich reißen, arbeiten weltweit 1,4 Milliarden Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Zur Durchsetzung fairer Löhne und Arbeitsbedingungen sowie von Gewerkschaftsrechten muss globale soziale Verantwortung der Unternehmen verbindlich und mit spürbaren Sanktionen verbunden werden.

Konferenzen

Die Länder haben gewählt

Im Vorfeld des Gewerkschaftstages fanden in allen Bundesländern Landeskonferenzen statt. Ebenso hielten die Bundesjugend- und die Bundesfrauenorganisation ihre Beratungen ab. Neue Vorsitzende wurden in den Ländern Burgenland, Wien, Niederösterreich und Vorarlberg gewählt. Bei der Bundesjugendorganisation wurde der Oberösterreicher Josef Rehberger zum neuen Vorsitzenden gekürt. Neue PensionistInnen-Vorsitzende ist Monika Kemperle.



Reinhard Mund
Burgenland



Günther Goach
Kärnten



Roman Gössinger
Niederösterreich



Hans-Karl Schaller
Oberösterreich



Thomas Kinberger
Salzburg



Andreas Martinier
Steiermark



Patrik Tirof
Tirol



Wolfgang Fritz
Vorarlberg



Regina Assigal
Wien



Klaudia Friebe
Bundesfrauen



Josef Rehberger
Bundesjugend



Monika Kemperle
BundespensionistInnen

DABEI SEIN MACHT STARK

PRO-GE

Leistungsbilanz

2017

DANK DEINER MITGLIEDSCHAFT!

235.273 Mitglieder

Die PRO-GE ist die größte ArbeiterInnengewerkschaft Österreichs – und sie wächst!

28,2 Millionen Euro Rechtsschutz

Im Zuge des Rechtsschutzes für betroffene ArbeitnehmerInnen erstritten.

320 Millionen Euro Lohnzuwachs

119 neu verhandelte Kollektivverträge brachten diese enorme Summe an Lohnerhöhungen.

736.000 Euro Unterstützungsleistungen

Über Unterstützungsleistungen und Solidaritätsversicherung an Mitglieder ausbezahlt.

Betriebsreportage:

Gelebte Digitalisierung bei Aptiv

In Großpetersdorf im südlichen Burgenland werden 365 Tage im Jahr im vollkontinuierlichen Schichtbetrieb pro Tag rund 2,5 Millionen Kunststoffstecker in allen möglichen Formen und Farben für die Automobilindustrie produziert. Die Spritzgussmaschinen sind hochmodern und arbeiten weitgehend automatisch. Für die 270 Beschäftigten spielt Weiterbildung eine große Rolle, um mit den neuen Techniken umgehen zu können.

Die Spritzgussmaschinen werden über Rohre direkt aus riesigen Silos mit dem Kunststoffgranulat versorgt. In den Maschinen wird es verflüssigt und mit hohem Druck in die Spritzgusswerkzeuge gespritzt. Roboterarme entnehmen die ausgehärteten Teile.





Ein/e ArbeiterIn betreut mehrere Maschinen gleichzeitig, in der Nachtschicht sogar gleich zwölf. Zur ständigen Prozessüberwachung werden Smartwatches eingesetzt, für deren Anwendung die ArbeiterInnen speziell geschult werden.



Am Standort verzeichnet man stetiges Wachstum. Das Jahr 2018 ist mit Aufträgen voll, die Planung reicht teilweise bereits bis 2020. „Das gibt den Beschäftigten Sicherheit“, erzählt Betriebsratsvorsitzender Patrick Schlemmer (re.). Sein Vorgänger, Kurt Genser, ergänzt: „Digitalisierung wird oft negativ gesehen, doch hier leben wir sie.“



Jedes Jahr werden Lehrlinge für die Berufe WerkzeugbautechnikerIn, KunststoffformgeberIn, in manchen Jahren auch MechatronikerIn aufgenommen. Beinahe alle Lehrlinge bleiben nach der Lehrzeit im Betrieb, die Fluktuation in der Belegschaft ist generell gering.



Für den Logistikvertrieb ist der Standort im Herzen Europas strategisch sehr gut. Effizient geleistete Arbeit, gut ausgebildete MitarbeiterInnen und die Topqualität der Produkte machen das Werk so erfolgreich.



Kommt ein neues Werkzeug zum Einsatz, arbeitet ein eigenes Team nur an der richtigen Einstellung der Maschine und der Feinjustierung. Es kann manchmal Monate dauern, bis die Serienproduktion beginnen kann.



Patrick Schlemmer wurde vergangenen November mit 98 Prozent Zustimmung zum neuen Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Der 34-Jährige lernte im Betrieb Werkzeugbautechniker und war auch Jugendvertrauensrat.

Die Instandhaltung erfolgt nach Plan. Zwei bis drei Maschinen werden jede Woche gereinigt und gewartet.



Strenge Qualitätskontrolle ist das Um und Auf. Teilweise erfolgt sie händisch, viel auch mittels Hightech, etwa durch intelligente Forminnendruckmessung.



Hohe Erwartungen an die Frühjahrslohnrunde gibt es auch bei EUROPTEN in Ennsdorf.

KV-Verhandlungen für 120.000 Industriebeschäftigte

Die Frühjahrslohnrunde 2018 läuft auf vollen Touren

Der Frühling ist da! Und damit laufen auch die Kollektivvertragsverhandlungen in einigen der größten Industriebranchen des Landes.

LINKTIPP:

Mehr Information unter dubistgewerkschaft.at

„Eröffnet“ wurde die Frühjahrslohnrunde in diesem Jahr in der Papier- und Pappenerzeugenden Industrie. Die Verhandlungen für die rund 8.000 Beschäftigten wurden in der dritten Runde am 10. April abgeschlossen. Die ersten Verhandlungstermine absolviert haben auch schon die Elektro- und Elektronikindustrie, mit rund 50.000 ArbeitnehmerInnen Österreichs zweitgrößte Industriebranche, und die Chemische Industrie, die Nummer drei mit circa 45.000 Beschäftigten. Im Mai folgen dann Verhandlungsstarts in meh-

rerer Branchen der Bereiche Glas und Bekleidung/Leder.

Konjunktur gestiegen, die Preise auch.

Die Frühjahrslohnrunde 2018 findet jedenfalls unter ausgezeichneten wirtschaftlichen Voraussetzungen statt. Das Wirtschaftswachstum wird laut Wirtschaftsforschungsinstitut sowohl 2017 als auch 2018 bei drei Prozent liegen. Eine kräftige Zunahme der Exporte beflügelt derzeit die Industrieproduktion und auch die positive Entwicklung der Konsumnachfrage stützt weiterhin die

Konjunktur. Einziger Wermutstropfen: Auch die Inflation hat wieder angezogen, die Statistik Austria weist für 2017 einen Jahresdurchschnitt von 2,1 Prozent aus.

Zeit für kräftige Lohnerhöhungen. Trotz der großartigen Wirtschaftsdaten gilt wie immer: Geschenke der Arbeitgeber sind nicht zu erwarten. Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen werden Gewerkschaften, BetriebsrätInnen und Mitglieder gemeinsam erkämpfen müssen. Aber: „Der Aufschwung ist nicht nur da, er ist auch nachhaltig und wird bleiben“, fasst PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer zusammen. „Die Beschäftigten haben diese Entwicklung mit ihrem Fleiß ermöglicht. Jetzt ist es Zeit, dass sie ihren Anteil daran erhalten.“

Mehr Infos zur Frühjahrslohnrunde. Den Stand der Verhandlungen zu den Lohnrunden und alle weiteren Informationen zu den KV-Verhandlungen der PRO-GE gibt's tagesaktuell im Internet auf www.proge.at

KV-Abschluss Papierindustrie:

Lohnrechtliche Verbesserungen:

- KV-Löhne +3,0 %
- Ist-Löhne +2,75 %
Mindesterrhöhung 70 Euro
- Lehrlingsentschädigungen +3,0 %
- Zulagen +3,0 %
- Aufwandsentschädigungen +2,05 %
- Volle Karenzanrechnung, auch auf Vorrückungen/Biennien
- Geltungstermin: 1. Mai 2018

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. Jänner:

Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie: KV-Löhne +2,55 Prozent, neuer Mindestlohn 1.728,45 Euro; Dienstalterszulagen +2,55 Prozent, Zehrgelder +2,05 Prozent, Verkaufsprovisionen +2,55 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,55 Prozent.

Arbeitskräfteüberlassung: KV-Löhne +2,85 Prozent (BG B–F) bzw. +3,98 Prozent (BG A), neuer Mindestlohn 1.618,76 Euro; Zulagen +3,0 Prozent; Überzahlung des Grundlohnes bleibt aufrecht; verbesserte Regelung in der Stehzeit.

Bekleidungsbranche: KV-Löhne im Durchschnitt +2,8 Prozent (bis zu +4,81 Prozent bei den untersten Lohngruppen), neuer Mindestlohn 1.319,78 Euro, stufenweise Umsetzung von 1.500 Euro Mindestlohn bis 2020; Zulagen +2,6 Prozent; Lehrlingsentschädigungen im Durchschnitt +2,3 Prozent.

Essig-, Essenzen- und Spirituosenindustrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.611,61 Euro; Dienstalterszulagen +2,6 Prozent, Zehrgelder +2,6 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent; Überzahlungen bleiben voll aufrecht.

ForstarbeiterInnen in der Privatwirtschaft: KV-Löhne +2,4 Prozent, neuer Mindestlohn 1.646,35 Euro; Vergütung für motormanuelle Schlägerung +2,4 Prozent, Motorsägenanschaffungspauschalien +2,4 Prozent; Einführung einer Zulage bei Verwendung von Akylatreibstoff.

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlgewerbe: KV-Löhne und Lehrlingsentschädigungen im Durchschnitt +2,48 Prozent, neuer Mindestlohn 1.521,38 Euro; Berechnung der Stundenlöhne auf zwei Kommastellen; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung.

Sattler- und Lederwarengewerbe: Stufenweise Umsetzung von 1.500 Euro Mindestlohn bis 2020: Streichung der niedrigsten Lohngruppe (LG-6), Neueinteilung, Aufwertung und Aufrücken der verbleibenden Lohngruppen, ergibt im Durchschnitt 11,22 Prozent Erhöhung der KV-Löhne (bis zu 18,21 Prozent in einzelnen Lohngruppen), neuer Mindestlohn 1.361,35 Euro; Lehrlingsentschädigung +3,0 Prozent.

Süßwarenindustrie: KV-Löhne +2,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.693,17 Euro, überdurchschnittliche Erhöhung der Dienstalterszulage (Gesamtabschluss +2,6 Prozent); Lehrlingsentschädigungen +2,5 Prozent; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung; Freizeitoption.

Teigwarenindustrie: KV-Löhne LK 1–4 +2,50 Prozent, LK 5 +2,86 Prozent, LK 6 +2,55 Prozent (durchschnittliche Erhöhung +2,57 Prozent), ersatzlose Streichung der LK 7, neuer Mindestlohn 1.479,62 Euro; Dienstalterszulagen in drei Kategorien überproportional angehoben; euromäßige Überzahlung bleibt in voller Höhe aufrecht.

Textilreinigerbranche: KV-Löhne im Durchschnitt +3,61 Prozent (bis zu 4,34 Prozent Erhöhung bei den untersten Lohngruppen), neuer Mindestlohn 1.290,34 Euro; stufenweise Umsetzung von 1.500 Euro

Mindestlohn bis 2020; Ist-Lohnempfehlung +2,2 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,5 Prozent.

Ab 1. Februar:

Elektrizitätsversorgungsunternehmen: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.845,42 Euro; Zulagen +2,5 Prozent, Schichtzulagen +3,0 Prozent, Aufwandsentschädigungen +1,0 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent; Ist-Löhne +3,0 Prozent; Kinderzulage 57,01 Euro, Papamonat mit voller Anrechnung.

Fruchtsaftindustrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.626,18 Euro; überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen, Zehrgelder +2,1 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent; Begünstigungsklausel bleibt aufrecht.

Gewürzindustrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.512,50 Euro; Dienstalterszulagen +2,6 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,6 Prozent; euromäßige Überzahlungen bleiben aufrecht.

Hefe- und Spiritusindustrie: KV-Löhne +2,45 Prozent plus Aufrundung auf den vollen Euro, neuer Mindestlohn 1.756,00 Euro; überproportionale Erhöhung der Dienstalterszulagen (insgesamte KV-Erhöhung +2,5 Prozent), Zulagen und Zehrgelder +2,45 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +2,45 Prozent; Begünstigungsklausel für die Aufrechterhaltung der Überzahlung.

Mineralölindustrie: KV-Löhne +3,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.936,19 Euro; Vorrückungsbeträge +1,3 Prozent, Zulagen und Trennungskostenentschädigungen +3,1 Prozent, Reisekosten und Aufwandsentschädigungen +2,55 Prozent; Lehrlingsentschädigung +3,1 Prozent; Ist-Löhne +3,0 Prozent; verbesserte volle Anrechnung der Elternkarenz, höhere Aufwandsentschädigungen im Ausland, Feiertagsentgelt bei All-in-Verträgen, verpflichtende Betriebsvereinbarung mit belastungsdämpfenden Maßnahmen für NachtschichtarbeiterInnen.

Ab 1. März:

Geflügelindustrie: KV-Löhne +2,6 Prozent, neuer Mindestlohn 1.469,75 Euro; Dienstalterszulagen +2,6 Prozent, Zehrgelder +2,6 Prozent; Überzahlungen bleiben in voller Höhe aufrecht.

Gewerbliche Forstunternehmen: KV-Löhne +2,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.505,98 Euro; Gerätefahrer- und Partieführerzulage +2,5 Prozent, Motorsägenpauschalien für Anschaffung und Instandsetzung +2,5 Prozent; Lehrlingsentschädigung +2,5 Prozent.

Ab 1. April:

Textilindustrie: Zweite Etappe im Stufenplan für 1.500 Euro Mindestlohn: KV-Löhne im Durchschnitt +3,06 Prozent (bis +4,3 Prozent in den niedrigsten Lohngruppen); Reisekosten-, Trennungskostenentschädigung, sowie Messegelder +2,05 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +1,9 Prozent; Ist-Löhne +2,3 Prozent. Mit 1. Dezember 2018 erfolgt die dritte Etappe: KV-Löhne durchschnittlich +3,02 Prozent (bis +4,1 Prozent in den niedrigsten Lohngruppen).

ALLE KV-ABSCHLÜSSE DER PRO-GE: WWW.LOHNRUNDEN.AT



Als die Arbeiter Anfang des Jahres wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren wollen, ist das Firmengelände leergeräumt, die Werkstore sind verschlossen.

Alles, was Recht ist

Insolvenz ohne Firma

Wenn eine Firma zahlungsunfähig ist, gehen meistens auch Arbeitsplätze verloren. Oft folgt ein Sozialplan, die ArbeiterInnen bekommen etwaige offene Ansprüche ausbezahlt. So weit, so logisch. Wenn eine Firma aber keine Insolvenz anmeldet, das Firmengelände trotzdem plötzlich leergeräumt ist und sich Geschäftsführung als auch Firmenname ändern, was ist dann mit den Beschäftigten? Der Belegschaft der ehemaligen Firma Lössl & Leitner aus Wien Floridsdorf ist das passiert.

„Das sind Vorgänge, die man in Österreich nicht für möglich halten sollte“, ist Krunoslav Zuparic, betriebsbetreuender Sekretär der PRO-GE Wien, noch immer fassungslos. Die elf Beschäftigten des letzten Feuerverzinkungsbetriebs in Wien standen Anfang des Jahres vor verschlossenen Werkstoren, als sie nach einem Betriebsumbau wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkeh-

ren wollten. Das Firmengelände ist seitdem leer geräumt. Von rund 330 Tonnen Zink, zwei Lkw und den betriebseigenen Staplern fehlt jede Spur. Angeblich wurde das Zink verkauft. Der Gesamtwert von Zink und Fuhrpark dürfte bei rund einer Million Euro liegen.

Hartes Schicksal. Den Beschäftigten blieb man indes zwei Monatslöhne, die Abfertigungen und alle anderen Ansprüche wie Resturlaube usw. schuldig. Seither kämpfen sie mithilfe der PRO-GE um ihre ausstehenden Forderungen, einige von ihnen sogar um ihre Existenz. „Manche der Arbeiter sind bereits seit über 30 Jahren in der Firma und über 55 Jahre alt. Da kann man sich ihre Jobchancen ausrechnen. Einem Arbeiter wollte die Bank bereits den Kredit fällig stellen und das Haus verkaufen“, erzählt Zuparic, der den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite steht.

Ein Umbau, der nie begann. Dabei haben die Arbeiter der Firma schon einiges mitgemacht. Ganze 15 Mal war die Feuerverzinkung beinahe insolvent. Schon öfter hatten sie ihre Löhne

zu spät ausbezahlt bekommen. Den Novemberlohn und das Weihnachtsgeld bekamen sie erst am 22. Dezember 2017 überwiesen. Ab demselben Tag bis 8. Jänner 2018 sollte das Firmengelände umgebaut und saniert werden. Kurz davor vereinbarte Zuparic mit dem damaligen Geschäftsführer Goran Mandic schriftlich, dass die Kollegen für die Umbauzeit keinen Urlaub zu nehmen bräuchten und auch ihr Entgelt weiterbezahlt werden würde. Wie sich später herausstellte, wurde Goran Mandic am Tag dieser Vereinbarung als Geschäftsführer aus dem Firmenbuch ausgetragen.

Leeres Firmengelände. Als die Arbeiter dann am 8. Jänner wiederkamen, war vom Umbau nichts zu sehen. Mandic vertröstete sie, sie sollten noch eine Woche zu Hause bleiben. Am 22. Jänner wandte sich der Betriebsrat wieder an die PRO-GE. Für Zuparic begann eine Detektivarbeit, um die Verantwortlichen zu finden. Bislang blieben allerdings alle Versuche, die offenen Forderungen zu bekommen, erfolglos. Insolvenz wurde nicht angemeldet. Die Firma hat inzwischen einen anderen Namen, auch die Geschäftsführung wechselte und auf der Website ist von einer technischen Pause die Rede. Allerdings berichten die Beschäftigten von einem Angebot der ehemaligen Eigentümerin, die Ansprüche aus der „Abfertigung alt“ auszubezahlen – bar auf die Hand. „Ich habe den Kollegen sofort abgeraten. Seither ist die Ex-Eigentümerin nicht mehr erreichbar“, erzählt Zuparic.



Die Zinkwannen sind leer, das gesamte Zink (330 Tonnen) und der Fuhrpark sind verschwunden. Der Gesamtwert dürfte bei circa einer Million Euro liegen.

Auf Kosten der Allgemeinheit. Was bleibt, sind elf Arbeiter, die sich erst durch die Hilfe der PRO-GE Ende Februar aufgrund eines berechtigten Austritts beim AMS arbeitslos melden konnten. Seither bekommen sie wenigstens Arbeitslosengeld, das Problem wurde aber auf die Allgemeinheit abgewälzt. Bis sie ihre offenen Ansprüche geltend machen können, liegt ein Rechtsstreit vor ihnen, der unter Umständen Jahre dauern wird.

Schloss-Spiele Kobersdorf

„Arsen und Spitzenhäubchen“

GEWINNE
zwei mal zwei Karten

Mit Lust am Nervenkitzel hält diese erfolgreiche Kriminalkomödie von Joseph Kesselring die Lachmuskeln in Bewegung, wenn zwei betagte Schwestern ihre Bestimmung in praktizierender Nächstenliebe gefunden haben.

Spielzeit: 3. Juli (Premiere) bis 29. Juli 2018 (Do.–So.)

Vorstellungsort: 7332 Schloss Kobersdorf, Schlossgasse

Kartenpreise: 29 bis 51 Euro

Kartenservice und Information:

Büro der Schloss-Spiele Kobersdorf, Franz-Schubert-Platz 6, 7000 Eisenstadt; Telefon: +43 (0)2682/719-8000; Fax: +43 (0)2682/719-8051; E-Mail: schloss-spiele@kobersdorf.at

ÖGB-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage der Mitgliedskarte zehn Prozent Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen. Bei der ÖGB-Kartenstelle in Wien erhalten Gewerkschaftsmitglieder um bis zu zwölf Prozent ermäßigte Karten an ausgewählten Tagen.

Die „Glück auf!“ verlost zwei mal zwei Freikarten für die Vorstellung am 15. Juli 2018. Mit einer einfachen E-Mail bis 30. Mai an presse@proge.at unter dem Stichwort „Kobersdorf“ bist du bei der Verlosung dabei. Eine Barablöse der Gewinne ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

ARSEN
UND
Spitzenhäubchen
KOMÖDIE VON JOSEPH KESSELRING
3.-29. JULI 2018

SCHLOSS SPIELE
KOBERSDORF
INTENDANT WOLFGANG SOCK

Foto: © CREATEAM/Teachim Haslinger

2018

Hotel Bad Hofgastein



Schnupperwochenende 2 Nächte

Pauschalpreis

2 Nächte Halbpension

PRO-GE Erwachsene € 146,00

Verlängerungsnacht

bis Montag nur € 52,00

Preise exkl. Kur-/Ortstaxe

Leistungen

- reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Abendbuffet oder wahlweise Mittagessen
- Freier Eintritt in die Alpentherme Gastein (mit Relax-, Family-, Sauna- & Ladies World)

Termine von Freitag bis Sonntag:

18. Mai bis 20. Mai
8. Juni bis 10. Juni
29. Juni bis 1. Juli
6. Juli bis 8. Juli

mit **Verlängerungsmöglichkeit** bis Montag:

25. Mai bis 27. Mai
15. Juni bis 17. Juni
22. Juni bis 24. Juni

Sommerurlaub in Gastein

PRO-GE Mitgliedspreise

Halbpension pro Nacht und Person:

Erwachsene € 73,00

Jugendliche 15-17 Jahre € 45,50

Kinder 6-14 Jahre € 27,50

Preise exkl. Kur-/Ortstaxe

Traumhafte Urlaubstage in einer herrlichen Bergwelt mit unzähligen Outdoor-Möglichkeiten und den einzigartigen Thermalwasserseen – das ist **Sommer in Gastein**.

Im Hotel Bad Hofgastein sind ab **13. Juli 2018** bis **2. September 2018** noch Zimmer verfügbar.

Anmeldung: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Telefax (01) 53 444-103211, E-Mail: urlaub@proge.at, www.proge-urlaub.at

Reservierung & Information: Telefon (01) 53 444-69707 DW

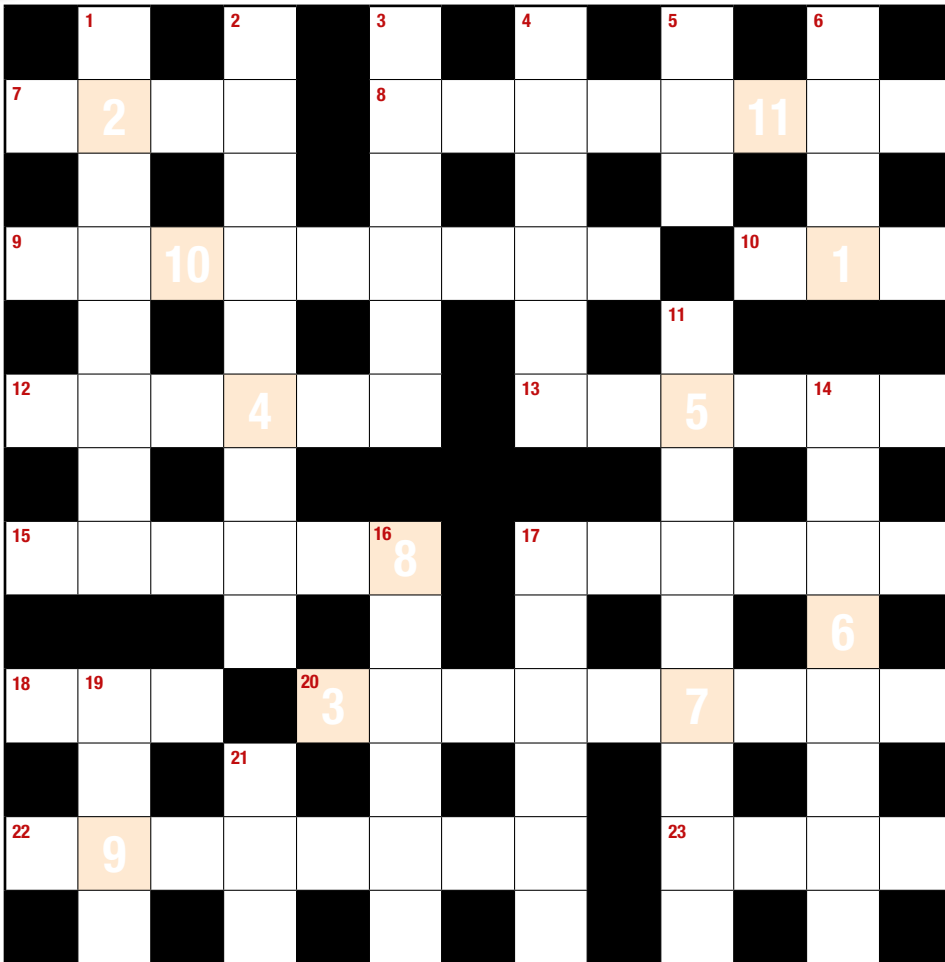
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es

Ein E-Citybike 8-Gang-Handschtaltung Shimano, wartungsfreier 250 Watt Hinterradmotor, 13 Amp. Akku. Zur Verfügung gestellt von jrk.tecnobike.austria. Versand erfolgt über Partnerfirma.

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht höchst Erhaltenswertes.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 30. Mai 2018 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 7 Erspartes, Tee und Zucker kommen rein, auch der Elektriker baut sie dir ein
- 8 Schwarzblaue Programmatik I: Woher die Umverteilung nehmen? (zwei Worte, siehe S. 5)
- 9 Der wird angesetzt, wenn man mit dem Einkommen nicht auskommt – auf S. 8 am (falschen) Platz
- 10 Welche Windrichtung ist im *Frost* buchstäblich spürbar?
- 12 Legendäre Tschick, kriegen nach Noten ein befriedigendes Zeugnis
- 13 Fällt Lateinauskennern leicht: Prüfung samt Ende vom Gebet
- 15 Toll muss er sein – für eine Karriere bei den Lipizzanern
- 17 Fehlt sie an der Tafel, hat sie vielleicht der böse Wolfe gefressen?
- 18 Finde den Klostermann mitten im *Zugabteil*
- 20 Was erlaubt ist, steht auf S. 9 höchst verbindlich vor der Arbeitszeit
- 22 Schwarzblaue Programmatik II: Wohin die Umverteilung lenken? (zwei Worte, siehe S. 5)
- 23 Internette Abk., in my humble opinion

Senkrecht:

- 1 Statist-isches: Auch wenn ich ihn als Star seh/ bleibt hintergründig der –
- 2 Wer die nicht ausbildet, braucht sich über Fachkräftemangel nicht zu beschweren (Mz., siehe S. 11)
- 3 Mit ihm macht der Gamer virtuell gute Figur?
- 4 Tricks und Tipps in Form von Knips (Mz.)
- 5 -land der May – wo es beim Brexit wie werden könnte?
- 6 Weltweit wichtiges Getreide, wie z. B. im *Reiseführer* für Ostasien steht
- 11 Was dich als Mitglied stark macht, ist bei den Olympischen Spielen alles (siehe S. 15)
- 14 Finite(!) Beschreibung für Ressourcen, die nicht ewig reichen
- 16 So machte der tückische Fischer das Wasser – und dann machte Beute R.
- 17 Wo gehobelt wird, da fallen Späne/ auf Hochbaustellen herrscht der lange Arm der –
- 19 Farbenlehre wie im Rausch: Auf welchen Posten ich auch schau,/ vor meinem Auge färbt sich's –
- 21 Gehörige(!) Ausstattung fürs akustische Erleben

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF!: FESTTAGE**

DerGewinner der Ausgabe 4/2017 GLÜCK AUF!

Christian Pfusterer, Waldweg 14, 8940 Liezen



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank



WIE SOLL ARBEIT?

Die große Initiative
für alle, die arbeiten.

Da red ich mit!

www.wie-soll-arbeit.at